

MOTRA 03/25

SPOTLIGHT

Die Sehnsucht nach Frieden im Nahen Osten

**Einstellungen zum Gaza-Krieg und die
Bewertung von Friedensvorschlägen bei
Menschen in Deutschland**

Rebecca Endtricht und Peter Wetzels

Eine Gemeinschaftsproduktion der Universität Hamburg (UHH) und des German Institute for Global and Area Studies (GIGA)

Endtricht, R. & Wetzels, P. (2025). Die Sehnsucht nach Frieden im Nahen Osten: Einstellungen zum Gaza-Krieg und die Bewertung von Friedensvorschlägen bei Menschen in Deutschland. *MOTRA-Spotlight 03/25*. MOTRA.

<https://doi.org/10.57671/motra-2025003>

Disclaimer

Die im MOTRA-Spotlight veröffentlichten Beiträge spiegeln die Meinungen und Einschätzungen der Verfasserinnen und Verfasser wider.

Rebecca Endtricht und Peter Wetzels

Die Sehnsucht nach Frieden im Nahen Osten

Einstellungen zum Gaza-Krieg und die Bewertung von Friedensvorschlägen bei Menschen in Deutschland



Ausgangslage: Der seit dem 7. Oktober 2023 massiv eskalierte Gaza-Krieg hat deutliche Ausstrahlungswirkungen nach Deutschland hinein. So finden sich seitdem Anstiege sowohl des Antisemitismus als auch der Muslimfeindlichkeit. Weiter kommt es zu Kontroversen über die Bewertung der politischen und militärischen Aktivitäten der Hamas und Israels.



Datenbasis: Es werden Ergebnisse der Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) vorgestellt, in der im April 2025 eine repräsentative Online-Befragung von 2436 Personen stattfand. Dabei wurden auch Meinungen zu Entwicklungen im Nahen Osten thematisiert.



Differenzierte Perspektiven: Die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland (76.1%) verurteilt die militärischen Handlungen sowohl der israelischen Regierung als auch der Hamas. Einseitige Parteinahmen sind eher selten.



Israelkritik ≠ Antisemitismus: Israelkritische Haltungen sind in der Bevölkerung weit verbreitet (71.4 %). Sie gehen aber überwiegend nicht mit antisemitischen Einstellungen einher. Nur weniger als ein Drittel der israelkritischen Menschen in Deutschland zeigt antisemitische Einstellungen.



Antisemitismus bleibt relevant: Insgesamt äußern 27% der Befragten tradierte und/oder israelbezogene antisemitische Ansichten – häufig in Kombination miteinander. Insofern ist Antisemitismus in seinen verschiedenen Formen ein gesellschaftlich hoch relevantes Phänomen.



Starke Friedenssehnsucht: Rund 85% der Befragten befürworten einen umfassenden Friedensvorschlag für den Nahen Osten – unabhängig davon, ob dieser von Israel, der Hamas oder den Vereinten Nationen stammt. Diese Friedensbereitschaft umfasst vor allem auch die wechselseitige staatliche Anerkennung.



Folgerungen: Die Ergebnisse widersprechen der These einer in dieser Frage stark polarisierten deutschen Gesellschaft. Sie zeigen eine differenzierte Haltung bei der überwiegenden Mehrheit, die legitime Kritik an beiden Konfliktparteien äußert, ohne antisemitischen Feindbilder zu vertreten.

Executive summary

- **Context:** *The Gaza war, which escalated after October 7, 2023, has triggered intense political and social debates worldwide, including Germany. Since then, increases in both antisemitism and anti-Muslim hostility have been observed. Moreover, discussions have intensified regarding the political and military actions of Hamas and Israel.*
- **Data basis:** *This Spotlight presents findings from the “People in Germany: International” (MiDInt) study. In April 2025, a representative online survey of 2,436 respondents was conducted, which included questions on the situation in the Middle East.*
- **Differentiated perspectives:** *A clear majority of people in Germany condemns the military actions of both the Israeli government and Hamas (76.1%). One-sided allegiances are rare.*
- **Israel criticism ≠ antisemitism:** *Critical attitudes toward Israeli policies are widespread (71.3%) but are generally not linked to antisemitic beliefs. Only less than one third of those critical of Israel simultaneously show antisemitic attitudes.*
- **Antisemitism remains relevant:** *Overall, 27% of respondents express traditional and/or Israel-related antisemitic views – often in combination. Antisemitism in its various forms thus remains a highly relevant social phenomenon.*
- **Strong desire for peace:** *Around 85% of respondents support a comprehensive peace proposal for the Middle East – regardless of whether it originates from Israel, Hamas, or the United Nations. The peace proposal includes mutual recognition of statehood.*
- **Implications:** *The results contradict the assumption that the German society is polarized on this issue. They point to a nuanced public stance that allows legitimate criticism of both conflict parties without reproducing antisemitic hostility.*

1. Einleitung

Seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, den darauffolgenden militärischen Eskalationen auf beiden Seiten und dem Einmarsch der israelischen Armee in den Gazastreifen befindet sich der Nahe Osten in einer der schwersten Krisen der letzten Jahrzehnte. Die Gewalt forderte zehntausende zivile Opfer und führte zu einer humanitären Katastrophe, die internationale Aufmerksamkeit und Empörung hervorrief. Zugleich haben sich die Fronten zwischen den Konfliktparteien – insbesondere zwischen Israel und der Hamas – über Monate weiter verhärtet. Während seit Oktober 2023 zahlreiche diplomatische Initiativen, Waffenstillstandsangebote und Vermittlungsversuche unternommen wurden, blieb eine nachhaltige Friedenslösung bislang aus. Zuletzt wurden im Oktober 2025 erste Fortschritte erzielt, als eine Vereinbarung über die Freilassung israelischer Geiseln und ein Ende der Kampfhandlungen getroffen und in Teilen umgesetzt wurde. Trotz dieser positiven Entwicklungen ist derzeit noch unklar, wie genau Friedensvereinbarungen gestaltet und ob sie tatsächlich auch vollständig umgesetzt werden. Offen ist zudem, wie tragfähig solche Vereinbarungen angesichts der massiven wechselseitigen Verletzungen und Enttäuschungen sowie damit verbundener Vorbehalte sein werden.

Die Thematik ist für Deutschland auch innenpolitisch von besonderer Bedeutung. Die spezielle historische Verantwortung Deutschlands vor dem Hintergrund des Holocaust, insbesondere das Eintreten für das Existenzrecht des Staates Israel, gilt als Teil der deutschen Staatsräson. Das ist in der öffentlichen Debatte aber nicht gänzlich unumstritten¹. Gleichzeitig ist das gesellschaftliche Klima in Deutschland in dieser Hinsicht von Spannungen geprägt.

Zahlreiche Konflikte, die innerhalb Deutschlands ausgetragen werden, ranken sich um den Nahostkonflikt. Antisemitische wie auch muslimfeindliche Übergriffe haben seit Beginn des Gaza-Krieges zugenommen, während öffentliche Proteste und Demonstrationen teils pauschal als antisemitisch eingestuft oder verboten wurden (vgl. Kleinschnittger et al. 2025; Wetzels et al. 2025). In Politik und Medien finden sich zudem häufig stark polarisierte Darstellungen, in der „pro-israelische“ und „pro-palästinensische“ Positionen als unvereinbare Gegensätze erscheinen.

Vorliegend werden Einstellungen der Bevölkerung in Deutschland zu diesem Konflikt im Nahen Osten und zu den Möglichkeiten seiner Befriedung in den Blick genommen. Es wird untersucht, in welchem Maße diesbezüglich tatsächlich eine gesellschaftliche Polarisierung erkennbar ist, wie vielfach angenommen wird². Weiter wird die aktuell immer wieder diskutierte Frage verfolgt, inwieweit sich Kritik an der Politik der israelischen Regierung im Umgang mit den Palästinensern von antisemitischen Einstellungen unterscheiden lässt bzw. in welchem Maße diese gegebenenfalls auch zusammenhängen.

2. Datenbasis

Die hier vorgestellten Ergebnisse stammen aus der 15. Welle der Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt). In dieser Studie werden seit 2022 im Abstand von jeweils etwa zwei bis drei Monaten Online-Befragungen von repräsentativen Stichproben der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland durchgeführt. Mit dieser Studie wird das Ziel verfolgt, die Auswirkungen internationaler Ereignisse und Entwicklungen auf politische Einstellungen und Bedürfnisse in der deutschen Bevölkerung zu erfassen und deren

¹ Vgl. www.staatsraison.net

² Vgl. z.B. www.tagesspiegel.de/politik/gespaltene-gesellschaft-graben-tiefer-denn-je-deutschland-nach-dem-gaza-krieg-14566970.html

mögliche Veränderungen im Zeitverlauf genauer zu untersuchen.

Die Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) wird seit Herbst 2022 als gemeinsames Projekt des German Institute for Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg und des Instituts für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH) durchgeführt. Zielgruppe ist die Wohnbevölkerung Deutschlands ab 18 Jahren. Über ein Online-Access-Panel der Firma Bilendi, das rund 300 000 Personen umfasst, werden Stichproben gezogen und befragt. Um Repräsentativität zu gewährleisten erfolgt eine Auswahl der Teilnehmenden nach Quoten, die sich an den Bevölkerungsdaten des Statistischen Bundesamtes zu Geschlecht, Alter, Bildung und Wohnort orientieren. Die Zielpersonen werden per E-Mail zur Teilnahme eingeladen. Die Befragung erfolgt sodann online mit einem standardisierten Fragebogen in deutscher Sprache³.

Die 15. Erhebungswelle von MiDInt fand vom 17. bis 25. April 2025 statt. Insgesamt nahmen 2436 Personen an der Befragung teil. Im Zentrum standen unter anderem die Wahrnehmungen und Bewertungen der aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten durch die Bevölkerung. Zusätzlich wurden weitere nationale und internationale The-

men aufgegriffen, so etwa die vorgezogene Bundestagswahl in Deutschland im Februar 2025, der Beginn der zweiten Amtszeit von Donald Trump als US-Präsident sowie die Unterstützung der Ukraine im Krieg mit Russland. Neben solchen aktuellen Themen wurden auch allgemeine politische und soziale Einstellungen erhoben, darunter Vertrauen in politische Institutionen, Sorgen über gesellschaftliche Entwicklungen sowie Einstellungen gegenüber Minderheiten (Endtricht et al. 2025).

3. Bewertungen der Vorgehensweisen der israelischen Regierung und der Hamas

Im Mittelpunkt des ersten Analyseschritts steht die Frage, wie die deutsche Bevölkerung das Verhalten der zentralen Konfliktparteien im Nahen Osten – der israelischen Regierung und der Hamas – bewertet. Dazu wurden den Befragten vier vergleichbare Aussagen vorgelegt, die militärische Aktivitäten und Entscheidungen beider Seiten beschreiben. Die Ergebnisse zeigen ein klares Bild (vgl. Tabelle 1).

Eine große Mehrheit der Befragten lehnt die beschriebenen Aktivitäten beider Konfliktparteien entschieden ab. In Bezug auf das Verhalten israelischer Akteure bewerten 86.8 % die Behinderung von Hilfslieferungen

3 Weitere Informationen zur MiDInt-Studie finden sich bei Kleinschnittger et al. (2023).

Tabelle 1: Bewertungen der Vorgehensweisen der israelischen Regierung und der Hamas (Angaben in Zeilenprozent)

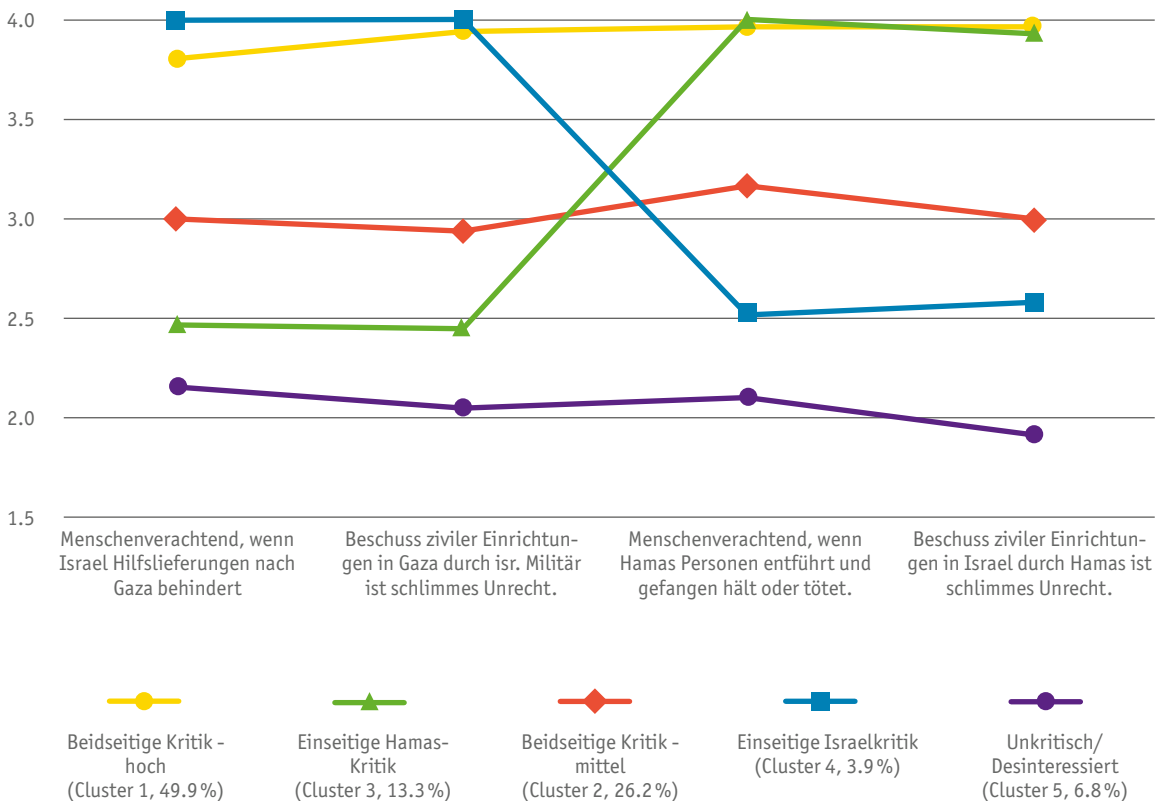
	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu	Gültige n
Es ist menschenverachtend, wenn Israel Lieferungen von Hilfsgütern an die Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen behindert.	3.7%	9.5%	39.0%	47.8%	2425
Der Beschuss ziviler Einrichtungen, wie Krankenhäuser oder Schulen im Gaza-Streifen durch das israelische Militär, ist ein schlimmes Unrecht.	3.5%	10.1%	33.5%	52.9%	2423
Es ist menschenverachtend, wenn die Hamas Personen aus der Zivilbevölkerung als Geiseln entführt und gefangen hält oder tötet.	2.4%	5.9%	24.9%	66.8%	2428
Der Beschuss ziviler Einrichtungen, wie Krankenhäuser oder Schulen in Israel durch die Hamas, ist ein schlimmes Unrecht.	1.9%	7.1%	27.7%	63.3%	2422

in den Gazastreifen als menschenverachtend; 86.4% halten den Beschuss ziviler Einrichtungen durch das israelische Militär für ein schlimmes Unrecht. Ebenso deutlich fällt die Bewertung in Bezug auf vergleichbare Vorgehensweisen der Hamas aus: 91.7% bezeichnen das Entführen und Töten von Zivilpersonen als menschenverachtend; 91.0% verurteilen den Beschuss ziviler Einrichtungen in Israel als schlimmes Unrecht (jeweils Antwortkategorien „stimme eher zu“ und „stimme völlig zu“).

Diese nahezu einhellige Ablehnung deutet darauf hin, dass die große Mehrheit der Bevölkerung die humanitären Folgen dieser Gewalt klar erkennt und beide Seiten gleichermaßen für ihre Handlungen verantwortlich macht. Eine eindeutige Parteinahme zugunsten einer der Konfliktparteien ist damit in der Breite der Bevölkerung nicht erkennbar.

Um zu prüfen, in welchem Maße diese Bewertungen auf der Individualebene symmetrisch oder aber einseitig erfolgen, wurden die Befragten anhand ihrer Antworten zu den vier Aussagen gruppiert. Personen mit ähnlichen Antwortmustern – also vergleichbaren Kombinationen der Bewertungen des Verhaltens beider Konfliktparteien – wurden mithilfe einer Clusteranalyse (multivariate LCA mit ordinalen Daten) identifiziert. Die fünf so erkennbaren Gruppen („Cluster“) sind in Abbildung 1 dargestellt. Sie werden im Folgenden anhand ausgewählter soziodemografischer Merkmale (Alter, Geschlecht) und politischer Orientierung (Selbstverortung auf der Links-Rechts-Skala sowie Wahlverhalten im Februar 2025) näher beschrieben. Dabei werden nur besonders auffällige bzw. vom Durchschnitt der Gesamtstichprobe abweichende Werte berichtet.

Abbildung 1: Muster der Beurteilung der Vorgehensweise der israelischen Regierung und der Hamas (Mittelwerte der Items in den Clustern)



Cluster 1 – „Beidseitige Kritik – hoch“

Hier finden sich 49.9% der Befragten. Sie verurteilen die Handlungen beider Seiten sehr deutlich. Angehörige dieser Gruppe sind älter als der Durchschnitt (MW = 48 Jahre) und ordnen sich häufiger dem linken politischen Spektrum zu (33%).

Cluster 2 – „Beidseitige Kritik – mittel“

In dieser Gruppe sind 26.2% der Befragten verortet. Sie äußern Kritik an beiden Seiten, wenn auch weniger stark ausgeprägt als das vorherige Cluster. Sie sind tendenziell jünger (MW = 43 Jahre) und etwas häufiger rechts verortet (22%).

Cluster 3 – „Einseitige Hamas-Kritik“

13.3% weisen dieses Einstellungsmuster auf. Sie verurteilen die Handlungen der Hamas sehr deutlich, sehen die israelischen Handlungen aber weniger kritisch. Die hier gruppierten Befragten vertreten somit einen eher einseitig Hamas-kritischen Standpunkt. Diese Gruppe ist im Durchschnitt am ältesten (MW = 50 Jahre) und ordnet sich selbst am häufigsten politisch rechts ein (27%).

Cluster 4 – „Einseitige Israel-Kritik“

Die kleinste Gruppe mit 3.9% der Befragten verurteilt die israelischen Handlungen stark und ist gleichzeitig gegenüber den Aktivitäten der Hamas eher unkritisch. Diese Gruppe stellt somit einen Gegenpol zur Gruppe 3, der einseitigen Hamas-Kritik, dar. Der Anteil rechtsorientierter Personen ist hier mit 34% überdurchschnittlich hoch.

Cluster 5 – „Unkritisch/Desinteressiert“:

6,8% stimmen keiner der vier Aussagen zu und zeigen insgesamt eine geringe emotionale bzw. moralische Betroffenheit. Diese unkritische Haltung bedeutet jedoch nicht zwangsläufig eine aktive Unterstützung beider Konfliktparteien, sondern spiegelt womöglich eher Desinteresse oder Indifferenz wider. Der Altersdurchschnitt ist hier am niedrigsten (MW = 39 Jahre). Eine rechte Selbstverortung ist in dieser

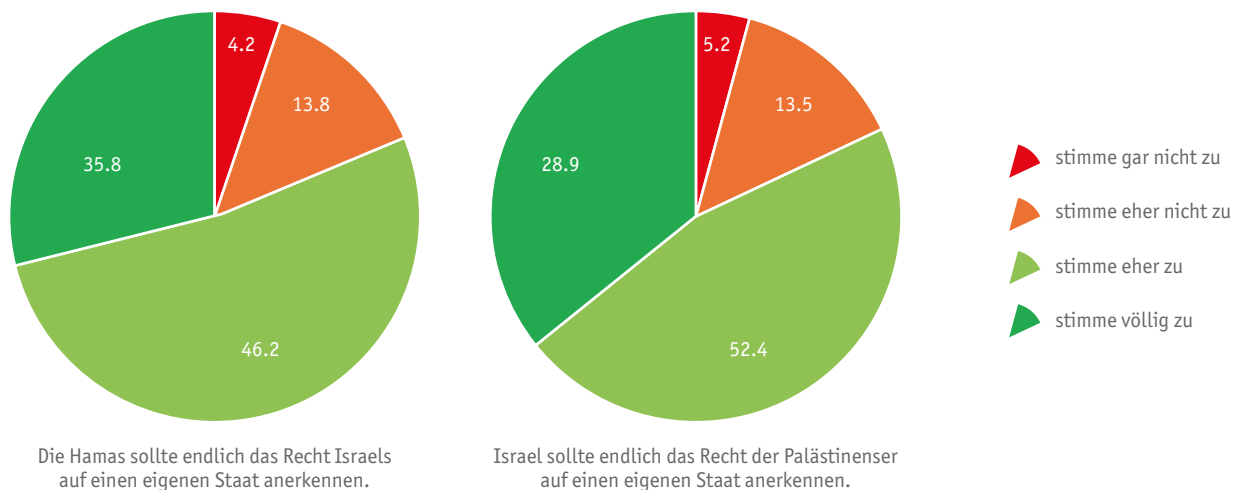
Gruppe überdurchschnittlich häufig anzutreffen (28%), zudem fällt ein besonders hoher Anteil an AfD-Wähler:innen (37%) auf.

Insgesamt zeigt sich, dass einseitige Positionierungen – sei es ausschließlich Hamas- oder ausschließlich Israel-kritisch – in der deutschen Bevölkerung nur von einer Minderheit vertreten werden. Mehr als drei Viertel der Befragten gehören Gruppen an, die beide Konfliktparteien gleichermaßen für ihr Handeln im Gaza-Konflikt verurteilen. Diese ausgewogene Haltung deutet darauf hin, dass viele Menschen den Konflikt nicht entlang polarisierter Deutungsmuster („pro Israel“ vs. „pro Palästina“) bewerten, sondern in der Lage sind, eine differenzierte und primär humanitäre Perspektive einzunehmen.

Forderungen nach Anerkennung des jeweils eigenen Staates spielen im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern schon lange eine sehr wichtige Rolle. Die Befragten wurden gebeten anzugeben, inwieweit sie dem zustimmen, dass Israel bzw. die Hamas das Recht der jeweils anderen Konfliktpartei auf einen eigenen Staat anerkennen sollten. 82.0% stimmen der Aussage zu, dass die Hamas endlich das Existenzrecht Israels anerkennen sollte. 81,3% sind der Ansicht, Israel sollte endlich das Existenzrecht eines palästinensischen Staates anerkennen (vgl. Abbildung 2).

Diese nahezu gleichhohen Zustimmungswerte zeugen von einem breiten gesellschaftlichen Konsens der Bevölkerung in Deutschland hinsichtlich der Legitimation sowohl eines palästinensischen Staates als auch des Existenzrechts des Staates Israel. Die weit überwiegende Mehrheit sieht insofern eine Notwendigkeit, dass dies von den Konfliktparteien im Nahen Osten in Form wechselseitiger Anerkennung der Staatlichkeit der Gegenseite umgesetzt wird. Polarisierungen der deutschen Bevölkerung sind zu diesem Thema gleichfalls nicht zu finden.

Abbildung 2: Haltung zu Forderungen nach Anerkennung des Existenzrechts eines eigenen Staates der anderen Konfliktpartei in Bezug auf Israel und Palästina (in %)



4. Israelkritik und Antisemitismus: Verbreitung sowie Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Im nächsten Schritt wird untersucht, wie Bewertungen des Verhaltens der israelischen Regierung, insbesondere Kritik an deren Verhalten im Umgang mit der palästinensischen Bevölkerung, mit antisemitischen Haltungen zusammenhängen. Ziel ist die Prüfung der Frage, inwieweit israelkritische Ansichten in der deutschen Bevölkerung Ausdruck antisemitischer Einstellungen sind oder ob sie auch unabhängig davon geäußert werden.

In der Antisemitismusforschung werden verschiedene Erscheinungsformen antisemitischer Einstellungen sowie Verfahren zu deren Messung unterschieden. Gemeinsam ist ihnen allen, dass es um die pauschale Abwertung von Jüdinnen und Juden bzw. deren Ausgrenzung und Bekämpfung geht, nur weil diese jüdisch sind. Dabei wird unter anderem ein klassischer oder tradiert Antisemitismus von einer modernen, eher kaschiert auftretenden Form des Antisemitismus, dem israelbezogenen Antisemitismus, analytisch getrennt. **Tradiert Antisemitismus** umfasst die generelle Ablehnung oder Abwertung von Jüd:innen in Form verallgemeinernder Vorurteile und negativer Stereotype. **Israelbezogener Antisemitismus** hingegen bezieht sich auf Formen der

Delegitimierung und Dämonisierung des Staates Israel, wobei Kritik an israelischer Politik als Legitimation für generelle Feindseligkeit gegenüber Jüdinnen und Juden bzw. jüdischen Institutionen sowie deren pauschale Abwertung herangezogen wird.

Als Maß für **Israelkritik** dienen bei den folgenden Analysen die drei im vorherigen Abschnitt beschriebenen Aussagen zur Bewertung der Vorgehensweisen Israels im Gaza-Krieg sowie zusätzlich die Zustimmung zu der Aussage „Die Siedlungspolitik Israels im Westjordanland verletzt internationale Abkommen.“ Die Angaben dazu wurden zu einer Mittelwertskala zusammengefasst ($\alpha = 0.81$), die Werte von 1 bis 4 annehmen kann. Personen mit Skalenwerten von mindestens 3, d. h. solche, die allen vier Aussagen im Durchschnitt mindestens „eher“ zustimmen, werden als israelkritisch eingestuft. Dies trifft auf 71.4% der Befragten zu.

Israelbezogener Antisemitismus wurde über drei Aussagen erfasst, die negative Bewertungen der Politik Israels auf Jüdinnen und Juden insgesamt übertragen, wie beispielsweise: „Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.“ Auch hier wurde eine Mittelwertskala gebildet ($\alpha = 0.85$) und am Skalenwert 3, d.h. bei überwiegender

Zustimmung, dichotomisiert. 21.0% der Befragten sind danach als israelbezogen antisemitisch einzustufen.

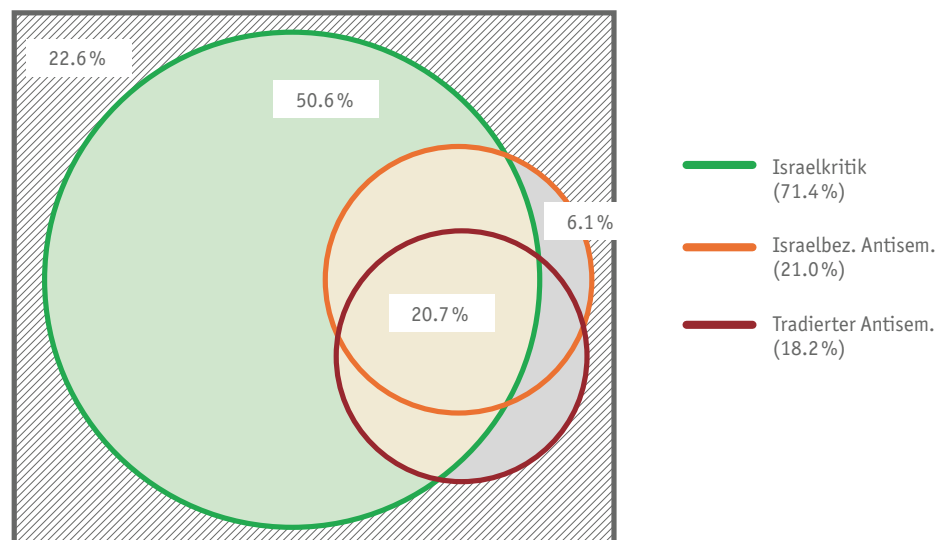
Tradierter Antisemitismus als kontext-unabhängige, generalisierte Ablehnung von Jüdinnen und Juden wurde ebenfalls über drei Aussagen erfasst (z. B. „Juden kann man nicht trauen.“). Auf Basis dieser Skala ($\alpha = 0.92$) sind 18.2% der Befragten als in diesem Sinne antisemitisch eingestuft einzuordnen.

Abbildung 3 zeigt die Überlappungen dieser drei Einstellungsformen in Form eines Mengendiagramms. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass Israelkritik in der Bevölkerung sehr weit verbreitet ist, aber nur selten mit antisemitischen Einstellungen einhergeht. Es finden sich insgesamt 71.4% israelkritische Personen. Lediglich 20.7% der Stichprobe weisen neben Israelkritik zusätzlich auch antisemitische Einstellungen in der einen und/oder anderen Form auf. 50.6% sind hingegen rein israelkritisch, ohne tradierte oder israelbezogene antisemitische Einstellungen zu äußern. Antisemitische Haltungen ohne Israelkritik sind bei weiteren 6.1% zu finden. Die übrigen Befragten machen mit 22.6% diejenigen aus, die weder israelkritisch noch in irgendeiner Form antisemitisch sind. Die beiden Formen des Antisemitismus – israelbezogen und tradiert – überschneiden

sich zudem erheblich: Während 8.6% ausschließlich israelbezogen antisemitisch und 5.7% ausschließlich tradiert antisemitisch eingestellt sind, zeigen 12.5% beide Formen zugleich (Abbildung 3, gelb hinterlegt, Zahlen hier nicht gezeigt). Damit weisen mehr als die Hälfte der antisemitisch eingestellten Personen beide Varianten dieser Haltung gleichzeitig auf. Insgesamt sind damit in der vorliegenden Stichprobe 26.8% der Befragten in tradiertem Form und/oder israelbezogen antisemitisch eingestellt. Mehr als ein Viertel der Bevölkerung zeigt damit in irgendeiner der hier erfassten Formen klare antisemitische Haltungen, was eine recht hohe Quote markiert.

Zusammengefasst zeigt sich damit, dass Israelkritik nicht gänzlich losgelöst von Antisemitismus ist. Aber mit knapp über der Hälfte der Befragten findet sich eine sehr große Gruppe, die eine stark ausgeprägte, sachbezogene Kritik an der Politik des israelischen Staates und seiner Maßnahmen übt, die nicht antisemitisch unterlegt ist. Antisemitisch fundierte Israelkritik ist demgegenüber deutlich seltener (weniger als halb so oft) zu erkennen. Insofern ist es unangemessen und in der Sache verfehlt, wenn Kritik an der Politik Israels in bestimmten Themenfeldern oder an einzelnen seiner Maßnahmen umstandslos als Verstoß gegen eine Staatsräson oder als antisemitisch etikettiert wird.

Abbildung 3: Überlappungen von Israelkritik, israelbezogenem Antisemitismus und tradiertem Antisemitismus (MiDInt 2025, Welle 15; gerundete Prozent der Gesamtstichprobe)



5. Einstellungen der Deutschen zu Friedensvorschlägen

Abschließend wurde untersucht, in welchem Maße die Bevölkerung in Deutschland bereit ist, einen umfassenden Friedensvorschlag zur Beilegung des Gaza-Krieges zu unterstützen und inwieweit eine solche Unterstützung davon abhängt, von welcher Seite ein solcher Friedensvorschlag stammt.

Dazu wurde ein Survey-Experiment durchgeführt, bei dem die Befragten zufällig einer von drei Gruppen zugeordnet wurden. Jede Gruppe erhielt exakt denselben, fiktiven Friedensvorschlag, der jedoch unterschiedlichen Akteuren zugeschrieben wurde: Bei Gruppe 1 der israelischen Regierung, bei Gruppe 2 der Hamas und bei Gruppe 3 den Vereinten Nationen. Die Formulierung dazu lautete:

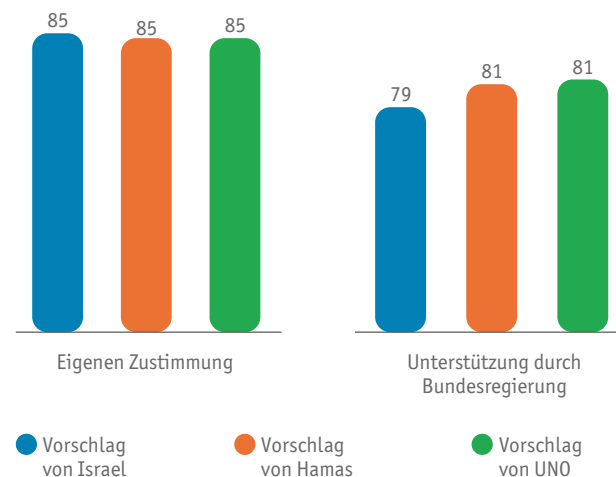
[Die israelische Regierung / Die Hamas / Die UNO] hat sich entschlossen, zur Beilegung des militärischen Konfliktes im Gaza-Streifen einen Vorschlag zu unterbreiten, der zu einer sofortigen Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen führen und einen dauerhaften Frieden vorbereiten soll. Wesentliche Inhalte dieses Vorschlages sind:

1. Sofortiger Eintritt einer zeitlich unbegrenzten Waffenruhe.
2. Israel erkennt das Existenzrecht eines palästinensischen Staates an.
3. Die Hamas erkennt das Existenzrecht des Staates Israel an.
4. Keine Beschränkung der Lieferungen von Hilfsgütern in den Gaza-Streifen durch Israel.
5. Die Hamas übergibt alle noch in ihrer Gewalt befindlichen Geiseln an Israel.
6. Beide Seiten beginnen unverzüglich mit der Aufnahme von Friedensverhandlungen.

Nach Lektüre dieses Vorschlags sollten die Befragten angeben, ob sie selbst diesem Vorschlag zustimmen und ob die Bundesregierung ihrer Ansicht nach diesen Vorschlag unterstützen soll. Die Ergebnisse fallen bemerkenswert eindeutig aus (siehe Abbildung 4).

Unabhängig davon, von welchem Akteur der Friedensvorschlag stammt, stimmen in allen drei Gruppen rund 85 % der Befragten dem Friedensplan zu. Signifikante Unterschiede finden sich nicht. Weiter wünschen sich zwischen 78.8 % und 81.2 %, dass die Bundesregierung einen solchen Friedensvorschlag unterstützt. Die leichten Zustimmungsunterschiede zwischen den drei Gruppen, die hier auftreten, sind statistisch nicht signifikant.

Abbildung 4: Survey Experiment: Zustimmung zu Friedensvorschlag und zur Forderung nach Unterstützung dieses Vorschlags durch die Bundesregierung in den Experimentalgruppen (Randomisierte Zuordnung zu den Vorschlägen; „Ja“-Angaben in %)



Eine Betrachtung der Befürwortungsraten in der Gesamtgruppe (Zusammenfassung der 3 Experimentalgruppen) nach soziodemografischen Merkmalen zeigt, dass die Zustimmung zu diesem Friedensvorschlag in allen Bevölkerungsteilen zwischen 75 % und 91 % liegt (vgl. Tabelle 2; gerundete Angaben). Signifikante Unterschiede zeigen sich in erster Linie im Altersvergleich: Bei Personen ab 60 Jahren ist die Zustimmung mit 90.7 % am höchsten, während sie in der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen mit 80.2 % etwas niedriger ausfällt. Ein ähnlich ausgeprägter Unterschied findet sich hinsichtlich des Wunsches nach einer Unterstützung des Friedensvorschlags durch die Bundesregierung (30-39 Jahre: 74.8 %; ab 60 Jahre: 87.9 %).

Tabelle 2: Zustimmung zum Friedensvorschlag sowie Forderung nach Unterstützung des Vorschlags durch die Bundesregierung nach soziodemografischen Merkmalen („Ja“-Angaben in %)

	Wenn Sie mitentscheiden könnten, würden Sie diesem Vorschlag zustimmen?	Sollte die deutsche Bundesregierung diesen Vorschlag unterstützen?
Insgesamt	84.7	80.3
Geschlecht		
Männlich	86.4	83.0
Weiblich	83.1	<u>77.5</u>
Alter		
18–29 Jahre	81.7	79.8
30–39 Jahre	<u>80.2</u>	<u>74.8</u>
40–49 Jahre	83.2	78.4
50–59 Jahre	86.1	79.1
Ab 60 Jahre	90.7	87.9
Bildungsabschluss		
Niedrig (max. HS)	<u>81.4</u>	<u>75.9</u>
Mittel (mittlere Reife)	84.9	78.4
Hoch (Abitur)	87.7	86.1

Anmerkung: unterstrichen = signifikant geringer als Durchschnittswert; **fett und kursiv** = signifikant höher als Durchschnittswert (jeweils bezogen auf das 5 %-Signifikanzniveau nach 2-seitigem t-test).

Bezüglich des Bildungsabschlusses der Befragten zeigen sich signifikante Unterschiede, wobei Personen mit Abitur überdurchschnittlich häufig dem Friedensvorschlag zustimmen (87.7%) und sich dies auch von der Bundesregierung wünschen (86.1%). Auf der anderen Seite fallen diese Zustimmungswerte bei Personen mit niedriger Bildung signifikant unterdurchschnittlich aus (81.4% eigene Zustimmung; 75.9% Wunsch nach Unterstützung seitens der Bundesregierung).

Eine Auswertung der Zustimmungsraten nach politischen Haltungen – erfasst anhand der Selbstverortung der Befragten auf der Links-Mitte-Rechts-Skala und des Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl im Februar 2025 – ist in Tabelle 3 dargestellt. Hier ist zu erkennen, dass Personen, die sich selbst im politisch eher linken Spektrum verorten, signifikant häufiger dem Friedensvorschlag zustimmen und sich dies auch von der Bundesregierung wün-

schen. Personen, die sich selbst als ganz rechts einstufen, bejahen beide Fragen deutlich seltener (73.9% und 67.5%).

Bezogen auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2025 zeigen sich die höchsten Zustimmungswerte bei Wähler:innen von FDP (90.6%), Die Linke (90.2%), BSW (89.9%) und Bündnis 90/Die Grünen (88.8%). Am unteren Ende liegen Wähler:innen der AfD (80.1%) sowie Personen, die nicht gewählt haben (78.8%) oder nicht wahlberechtigt waren (75.6%). Letzteres lässt sich möglicherweise als Ausdruck geringeren politischen Interesses oder Wissens interpretieren. Mit Blick auf Forderungen nach Unterstützung durch die Bundesregierung ist der Befund, auf einem teilweise nur minimal niedrigeren Niveau, letztlich gleichartig.

Zwischen den fünf Gruppen der Muster der Beurteilung der Vorgehensweisen von Israel und Hamas (Cluster 1–5) sind ebenfalls

signifikante Unterschiede zu erkennen. Während Personen, die hohe beidseitige Kritik oder einseitige Hamas-Kritik äußern, überdurchschnittlich häufig den Friedensvorschlag befürworten, ist die Zustimmung unter Personen mit mittlerer beidseitiger Kritik etwas geringer und insbesondere bei unkritisch-Desinteressierten deutlich niedriger. Letzteres bestätigt zudem die Einschätzung dieser Gruppe als desinteressiert an den Vorgängen im Nahen Osten – hier ausgedrückt in Form der häufigeren Ablehnung des Friedensvorschlags.

Dennoch ist zu bemerken, dass immerhin fast die Hälfte (49.7%) dieser unkritisch-desinteressierten Befragten ebenfalls dem Vorschlag zustimmt.

Das zentrale Ergebnis ist damit auch in diesem Punkte ganz eindeutig: Der Wunsch nach Frieden im Nahen Osten ist in der deutschen Bevölkerung außerordentlich stark ausgeprägt – unabhängig von Alter, Bildung und Geschlecht sowie politischen Präferenzen. Eine Polarisierung ist nicht zu erkennen.

Tabelle 3: Zustimmung zu Friedensvorschlag sowie Forderung nach Unterstützung des Vorschlags durch die Bundesregierung nach politischen Haltungen („Ja“-Angaben in %)

	Wenn Sie mitentscheiden könnten, würden Sie diesem Vorschlag zustimmen?	Sollte die deutsche Bundesregierung diesen Vorschlag unterstützen?
Insgesamt	84.7	80.3
Verortung auf Links-Rechts-Skala		
Links	87.9	86.5
Mitte-Links	89.1	89.5
Mitte	83.1	<u>77.6</u>
Mitte-Rechts	86.6	78.2
Rechts	<u>73.9</u>	<u>67.5</u>
Wahl bei Bundestagswahl 2025		
CDU/CSU	84.8	81.3
SPD	86.9	87.6
Bündnis 90/Die Grünen	88.8	88.7
FDP	90.6	84.5
Die Linke	90.2	88.9
AfD	<u>80.1</u>	<u>71.4</u>
BSW	89.9	80.5
Sonstige	85.3	84.2
Nicht gewählt	78.8	<u>65.8</u>
Nicht wahlberechtigt	75.6	74.4
Muster der Beurteilung von Israel/Hamas		
Beidseitige Kritik (hoch)	92.7	88.2
Beidseitige Kritik (mittel)	<u>77.8</u>	<u>71.9</u>
Einseitige Hamas-Kritik	90.3	86.5
Einseitige Israel-Kritik	76.7	72.6
Unkritisch-desinteressiert	<u>49.7</u>	<u>48.4</u>

Anmerkung: unterstrichen = signifikant geringer als Durchschnittswert; **fett und kursiv** = signifikant höher als Durchschnittswert (jeweils bezogen auf das 5 %-Signifikanzniveau nach 2-seitigem t-test).

6. Zusammenfassung

Die Ergebnisse zeigen ein konsistentes und aufschlussreiches Bild: Der Wunsch nach Frieden im Nahen Osten in der deutschen Bevölkerung ist bemerkenswert groß. Eine enorme Mehrheit (84.7%) befürwortet einen umfassenden Friedensvorschlag unabhängig davon, von wem der Vorschlag kommt, ob von Israel, der Hamas oder den Vereinten Nationen. Insoweit ist die Akzeptanz des vorgeschlagenen Modells für Schritte zu einer Friedenslösung nicht, wie man vermuten könnte, abhängig von unterschiedlichen Interessenlagen oder Zielen, die den Urhebern der Vorschläge zugeschrieben werden. Es lässt sich von einer Friedenssehnsucht der Bevölkerung Deutschlands über alle sozialen Unterschiede hinweg sprechen.

Kritische Bewertungen der Handlungen beider Konfliktparteien im Gaza-Krieg fallen sehr deutlich und zugleich weit überwiegend ausgewogen aus. Mit mehr als Dreiviertel verurteilt eine große Mehrheit sowohl das Vorgehen der Hamas als auch das der israelischen Regierung. Einseitige Positionierungen – ausschließlich Israel- oder ausschließlich Hamas-kritische Haltungen – sind selten und auf kleine Teilgruppen beschränkt. Zudem ist die Zustimmung zu einer wechselseitigen staatlichen Anerkennung mit jeweils über 80% in Bezug sowohl auf Israel als auch Palästina sehr ausgeprägt. Diese jenseits aller politischen Lager recht deutliche mehrheitliche Sichtweise widerspricht einer medial häufig angenommenen Polarisierung der öffentlichen Debatte seit Beginn des Gaza-Krieges.

Zugleich wird deutlich, dass Kritik an der israelischen Regierung (‘Israelkritik’) sehr weit verbreitet ist (71.4%). Israelkritische Personen sind aber überwiegend nicht antisemitisch eingestellt. Israelkritik wird vielmehr von der Mehrheit (50.6%) ohne Bezug zu antisemitischen Ressentiments geäußert. Mit 20.7% ist Israelkritik

in Kombination mit antisemitischen Einstellungen deutlich seltener. Für die öffentliche Debatte bedeutet dies, dass zwischen legitimer Kritik an politischen Handlungen Israels und antisemitischen Einstellungen klar unterschieden werden sollte, um einer sachlichen und konstruktiven Auseinandersetzung Raum zu geben – ohne antisemitische Tendenzen zu verharmlosen.

Antisemitische Einstellungen sind gleichwohl beunruhigend stark verbreitet. Wo antisemitische Einstellungen erkennbar sind (26.8%), umfassen diese häufig sowohl israelbezogenen als auch tradierten Antisemitismus (12.5%). Isolierter israelbezogener Antisemitismus findet sich bei 8.6% und ausschließlich tradierte antisemitische Vorurteile bei 5.7% der Befragten. Dies sind die höchsten Raten seit Beginn der Messungen im Rahmen der Studie MiDInt im November 2022.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die Bevölkerung in Deutschland den Nahost-Konflikt differenziert betrachtet und der Wunsch nach einer friedlichen Lösung tief verankert ist. Politische und mediale Akteure sollten dies stärker berücksichtigen. Eine öffentliche Kommunikation, die zwischen Kritik auf der einen und Feindseligkeit sowie Vorurteilen auf der anderen Seite klar trennt und auf Wissensvermittlung sowie offenen Diskurs statt auf Polarisierungen und Tabus setzt, kann dazu beitragen, die gesellschaftliche Debatte zu versachlichen und gegenseitiges Verständnis zu fördern.

Auch politische Bildung und niedrigschwellige Informationsangebote sind insoweit wichtig. Sie können helfen, komplexe Konfliktsituationen verständlich zu machen und stereotype Wahrnehmungen zu hinterfragen. Sie können zugleich für reale antisemitische Bedrohungen sensibilisieren. Nur durch eine differenzierte, sowohl auf Wissen als auch auf Empathie

basierende offene Auseinandersetzung und Diskussion kann es gelingen, Bedürfnisse und Haltungen der Bevölkerung ernst zu nehmen und demokratische Resilienz gegenüber vereinfachenden Darstellungen und Feindbildern zu stärken.



Weitere Informationen zur Studie „Menschen in Deutschland: International“:

<https://www.mid.uni-hamburg.de/mid-international/midint/midint-startseite.html>



Informationen zum bundesweiten MOTRA Forschungsverbund:

<https://www.motra.info/>

Literatur

Endtricht, R., Brettfeld, K., Farren, D., Kleinschnittger, J., Richter, T. & Wetzels, P. (2025). Menschen in Deutschland: International (MiDInt). Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 15 (April 2025). MOTRA Forschungsbericht No. 19 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.
<https://doi.org/10.25592/uhhfdm.18091>

Kleinschnittger, J., Richter, T., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2025). Antisemitische und muslimfeindliche Haltungen in Deutschland: Entwicklungen seit dem Jahresbeginn 2023. In: U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, S. Hutter, C. Büscher & D. Rieger (Hrsg.), MOTRA Monitor 2023/2024, (S. 130–153). Wiesbaden: BKA. https://doi.org/10.57671/ISBN.978-3-911329-01-9_2025_MOTRA

Kleinschnittger, J., Richter, T., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2023). Menschen in Deutschland: International (MiDInt). Ein neues Monitoringinstrument der MOTRA-Familie. In: U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, C. Büscher, A. Dessecker, S. Hutter & D. Rieger (Hrsg.), MOTRA Monitor 2022, (S. 210–225). Wiesbaden: BKA. <https://www.motra.info/motra-monitor-2022/>

Wetzels, P., Fischer, J.M.K., Brettfeld, K. & Farren, D. (2025). Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen unter jungen Menschen: Entwicklungen zwischen 2022 und 2024 sowie Zusammenhänge mit Migration und Religion. In: T. Vester, J. Kinzig, J. Grafe, B. Iberl, S. Schreier; K. Stelzel, & I. Abrell (Hrsg.). Am Puls der Zeit?! Trends, Transfer und Tradition in der Kriminologie, (S. 239–260), Bad Godesberg: Forum. <http://dx.doi.org/10.15496/publikation-110350>

Impressum

MOTRA-Verbundpartner



Gefördert durch



Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt



Bundesministerium
des Innern



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Angaben gemäß § 5 TMG

Prof. Dr. Uwe Kemmesies | Äppelallee 45 | 65203 Wiesbaden

Vertreten durch

Prof. Dr. Uwe Kemmesies | E-Mail: motra@bka.bund.de

Verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV

Prof. Dr. Uwe Kemmesies | Äppelallee 45 | 65203 Wiesbaden

Redaktion

Isabelle Holz

Layout

Studio Halvar

Forschungskordinator (MOTRA-Verbund)

Prof. Dr. Uwe Kemmesies

Kontakt

Fragen zu MOTRA allgemein: motra@bka.bund.de

Fragen zum Inhalt dieser Spotlight-Ausgabe an:

Rebecca Endtricht, M.A.: rebecca.endtricht@giga-hamburg.de

Prof. Dr. Peter Wetzels: peter.wetzels@uni-hamburg.de

GIGA Institut für Nahost-Studien | German Institute for Global and Area Studies (GIGA), Hamburg | Neuer Jungfernstieg 21 | 20354 Hamburg

<https://www.giga-hamburg.de/de>

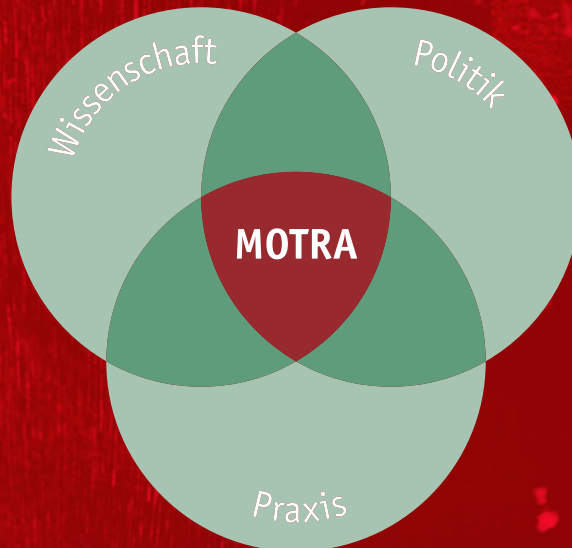
Institut für Kriminologie | Fakultät für Rechtswissenschaft

Universität Hamburg | Rothenbaumchaussee 33 | 20148 Hamburg

<https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie.html>

MOTRA

Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung



Der MOTRA-Forschungsverbund vereint in einem Spitzenforschungscluster neun institutionelle Partner aus renommierten universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachdisziplinen. MOTRA sucht den kooperativen Dialog auf Augenhöhe mit weiteren wissenschaftlichen Forschungsverbänden und Netzwerkpartnern aus Praxis und Politik und verfolgt dabei zwei zentrale Zielstellungen:

1. Monitoring

Es soll durch MOTRA ein Monitoringsystem aufgebaut werden, mittels dessen das politisch und/oder religiös begründete Radikalisierungsgeschehen in Deutschland auf einer breiten Datenbasis fortlaufend beobachtet wird. Ziel ist es die Verbreitung, Entwicklungstrends sowie begünstigende Konstellationen für Extremismus und Radikalisierung besser erfassen zu können.

2. Wissenstransfer

Weiterhin verfolgt MOTRA den Aufbau und die Etablierung einer multifunktionalen Austauschplattform zur Gestaltung eines direkteren Wissenstransfers zwischen den Handlungsfeldern wissenschaftlicher Forschung, sozialer Praxis und Politikgestaltung.

✉ motra@bka.bund.de

🌐 www.motra.info

🦋 motra.bsky.social

🗨️ MOTRA Aktuell

in motra-monitoringsystem-und-transferplattform-radikalisierung